

STREIFZÜGE DURCH DIE GRÜNDUNGSZEIT DER HAMBURGER SOZIAL- ARBEITSAUSBILDUNG IM KONTEXT DER ERSTEN FRAUBEWEGUNG

Lisa-Marie Klinger

Zusammenfassung | Die bürgerliche Frauenbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts begründete ihre Forderung nach der Berufstätigkeit von Frauen mit deren besonderen Eignung für soziale und fürsorgliche Aufgaben. Der Artikel befasst sich mit der Ausgangssituation dieser Jahre und stellt einige der Entwicklungen anhand der Gründung der Sozialen Frauenschule in Hamburg dar, die 2017 als Department Soziale Arbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg ihr 100-jähriges Jubiläum feiert.

Abstract | The bourgeois women's movement in the late 19th and early 20th century demanded paid work for women, arguing their natural skills made them particularly suitable for care and social work. The article describes the situation in those years and some of the developments in the context of the founding of the „Soziale Frauenschule“ in Hamburg which in 2017 is celebrating its centenary.

Schlüsselwörter ► Soziale Arbeit

► Ausbildung ► Hamburg ► Frauenbewegung
► historische Entwicklung

Einleitung | Soziale Arbeit als Beruf, dessen Ausübung einer Ausbildung bedarf, steht in engem Zusammenhang mit den Debatten und Initiativen der bürgerlichen Frauenbewegung und der gesellschaftlichen Situation von Frauenerwerbstätigkeit am Ende des 19. Jahrhunderts. Verschiedene Entwicklungen kamen damals zusammen: Der Bedarf an qualifizierter Ausbildung wuchs, immer mehr bürgerliche Frauen wollten oder mussten erwerbstätig sein. Dazu verhielt sich die Familien-, Sozial- und Arbeitspolitik widersprüchlich. Und es gab die bürgerliche Frauenbewegung, die die Qualiikation für das Ehrenamt unterstützte und in ihr Akteurinnen, die die Berufsausbil-

dung für Sozialarbeiterinnen auf den Weg brachten. Die Geschichte der Sozialen Arbeit als Beruf ist mit Geschlechterstereotypen, Perspektiven weiblicher Lebensentwürfe und Gesellschaftspolitik verknüpft.

Zum 100-jährigen Jubiläum der Gründung der Sozialen Frauenschule in Hamburg, heute Department Soziale Arbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, sollen die (frauen-)politischen und geschichtlichen Entwicklungen jener Gründungsjahre nachvollzogen und es soll verdeutlicht werden, wie sehr dies alles miteinander verwoben ist. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Entwicklungen in Hamburg.¹

Historische Ausgangssituation der Gründerinnenjahre | Die erste Frauenbewegung war primär in Vereinsstrukturen organisiert, da Frauen bis 1908 die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und Parteien verboten, ihr Engagement in karitativen beziehungsweise sozialen Vereinen aber möglich und gewünscht war (Nave-Herz 1997, S. 33). Noch vor Gründung des Deutschen Reiches 1871 entstand der Allgemeine Deutsche Frauenverein, der das Wahlrecht beziehungsweise die rechtliche Gleichbehandlung sowie Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für (bürgerliche) Frauen forderte.

1894 gründete sich der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF), ein Zusammenschluss bereits bestehender Frauenverbände, der, wie Agnes von Zahn-Harnack 1928 formulierte, den Anspruch hatte, die Anliegen der „deutschen Frauen jeder Partei und Weltanschauung [...] zum Ausdruck zu bringen und die allen gemeinsame Idee von der Kulturaufgabe der Frau zu verwirklichen. Wir erfassen die Kulturaufgabe der Frau aus dem Grundsatz der freien Persönlichkeit, die sich in selbständig gewählter Verantwortung an die Gemeinschaft gebunden fühlt, aus diesem Bewußtsein heraus ihre Kraft entwickelt und in selbstloser Hingabe für das Ganze einsetzt. Diesem Grundsatz getreu wollen wir an Form und Inhalt des Gemeinschaftslebens arbeiten“ (ebd., S. 26). Durch das breite Spektrum des BDF und die unterschiedlichen Interessen seiner Mitglieder war dessen erste Zeit durch Kämpfe zwischen dem radikalen und dem gemäßigten Flügel geprägt. Erst mit Beginn des Ersten Weltkriegs rückte die Forderung nach dem Frauenwahlrecht für den BDF in den Mittelpunkt (ebd., S. 26 f.).

¹ Der Artikel basiert auf einer gemeinsamen Arbeit zum Thema Frauenbewegung und Soziale Arbeit mit Professorin Dr. Frauke Schwarding am Department Soziale Arbeit der HAW Hamburg.

Die erste Frauenbewegung weist drei wesentliche Strömungen auf, deren Perspektive auf Frauen beziehungsweise Geschlecht und auf die jeweiligen Politiken eng mit der sozialen Situation und der politischen Orientierung von Frauen verbunden war. Die proletarische Frauenbewegung, insbesondere mit den Namen *Clara Zetkin* und *Luise Zietz* verbunden, verstand sich vor allem als Vertretung derjenigen Frauen, die ohnehin berufstätig waren (Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen etc.). Sie befand sich mit ihren Forderungen nach angemessenen Löhnen, Arbeitsschutz und der Versorgung von Kindern berufstätiger Mütter in einem Spannungsverhältnis zu den Forderungen der Arbeiterbewegung² einerseits und zur bürgerlichen Frauenbewegung andererseits (Notz 2009, S. 93 ff.). Auch die eigene Verortung war nicht einheitlich. Während *Rosa Luxemburg* eher als Vertreterin der Arbeiterbewegung agierte, sahen sich andere Akteurinnen als feministische Proletarierinnen, die für Frauenerwerbsarbeit, Arbeitssicherheit und bessere Löhne eintraten (Gerhard 1990, S. 186 ff., 318 ff.).

Innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung lassen sich gemäßigte und radikale Positionen ausmachen, die mit unterschiedlichen Politiken verknüpft waren und beispielsweise Sympathien für den Sozialismus zeigten oder Klassengrenzen überschritten. So lässt sich zum Beispiel *Hedwig Dohm*, die mit ihrem Verein „Reform“ für den Zugang von Frauen zu allen Bildungsinstitutionen kämpfte, in ihrem Verständnis von Geschlecht dieser Strömung zuordnen. Für sie waren Männer und Frauen „kein natürliches Produkt der Schöpfung“, sondern ein soziales Konstrukt, ein jeweils „durch bestimmte soziale Bedingungen historisch gewordenes“ (Muschter; Thomas 2015, S. 13). Ein Ziel war die Übertragung von Hausarbeit und Kindererziehung auf öffentliche beziehungsweise kommunale Einrichtungen. Jener radikale Flügel war innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung gegenüber dem gemäßigten beziehungsweise konservativen Flügel zahlenmäßig in der Minderheit. Auch konnte er sich mit seiner Position, politische Rechte von Frauen zur Voraussetzung für bürgerschaftliches beziehungsweise soziales Engagement zu machen, nicht durchsetzen (Nave-Herz 1997, S. 26, Wagner; Wenzel 2009, S. 26).

2 Während die Frauenfrage innerhalb der Arbeiterbewegung als einer von mehreren Nebenwidersprüchen galt, wurden Frauen gleichzeitig als Konkurrentinnen im Kampf um einen angemessenen Lohn gesehen.

Zum gemäßigten Flügel der Frauenbewegung, der sich das Wahlrecht durch die Übernahme von Pflichten (insbesondere ab Kriegsbeginn) erst „verdienen“ wollte (Wagner; Wenzel 2009.), gehörten *Helene Lange*, die erste Leiterin der Sozialen Frauenschule in Hamburg *Gertrud Bäumer* und die Mitgründerin *Marie Baum* sowie die spätere Leiterin *Margarete Treuge*. Insbesondere *Bäumer* und *Lange* standen für ein fortschrittliches bürgerliches Frauenbild, denn sie waren höher gebildete, erwerbstätige und politisch agierende Frauen (*Bäumer* 1914). Den Schlüssel zur Gleichberechtigung sahen sie im Zugang zu weiterführender Bildung. Bereits 1890 setzte sich *Lange* mit dem Frauenberufsverband „Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein“ für das Recht von Frauen ein, die Reifeprüfung abzulegen und studieren zu dürfen. *Bäumer*, die Kampf- und Lebensgefährtin *Langes*, übernahm 1910 den Vorsitz des BDF, in dem sich unter ihrer Führung die bürgerlich-konservativen Kräfte durchsetzten (Wagner; Wenzel 2009, S. 24, *Hammer Schmidt* 2010, S. 33). *Langes* und *Bäumers* Verständnis von Sittlichkeit, Sexualmoral und Familie war im Vergleich zu Positionen von *Annita Augspurg* und *Helene Stöcker* zutiefst bürgerlich (*Bäumer* 1914, S. 285 ff.).

Fast alle Akteurinnen der Frauenbewegung stammten aus dem Bürgertum und verfügten durch ein Studium oder den Besuch eines Lehrerinnenseminars über Bildung, eine damals sehr seltene Voraussetzung. Bildung und Erwerbstätigkeit mussten erkämpft werden und waren ein Gut, das eine Voraussetzung für andere, offene und auch inhaltlich unterschiedliche Entwicklungen schuf.

Überzeugungen und Argumentationslogiken zur Frauenbildung und -erwerbstätigkeit innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung | Die Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung, Frauen eine qualifizierte Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, bezog sich primär auf die Schicht, der die meisten Frauenrechtlerinnen selbst entstammten, das Bürgertum. Tatsächlich war zu Kriegsbeginn ein knappes Drittel der Frauen erwerbstätig, bis 1925 stieg die Frauenerwerbsquote auf 36 Prozent, die Hälfte aller Frauen im erwerbsfähigen Alter (Muschter; Thomas 2015, S. 17).³ Gründe waren nicht nur die Zunahme frauentypischer Berufe wie Sekretärin, Stenotypistin

3 Zwischen 1907 und 1925 erhöhte sich der Anteil von Frauen, die als Beamtinnen oder Angestellte tätig waren, von 3,9 auf 12,6 Prozent, während der Anteil der Arbeiterinnen an der Erwerbsquote im gleichen Zeitraum sank (Muschter; Thomas 2015, S. 17).

und Verkäuferin, sondern auch Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst wie zum Beispiel als Lehrerinnen oder im Gesundheitswesen. Es gab einen Schub im Dienstleistungsbereich und auch in der Rüstungsindustrie arbeiteten Frauen auf Arbeitsplätzen, die zuvor von Männern besetzt waren (Kruse 2013, S. 74 ff.).

Nave-Herz (1997, S. 41) betont, dass die Rechte, die Frauen in jener Epoche erhielten, nicht den Frauenbewegungen allein zu verdanken waren: „Mit verursachend dafür waren die wirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Ausweitung des tertiären Wirtschaftssektors), die gesamtpolitische Situation (vornehmlich der erste Weltkrieg zeigte das Angewiesen-sein auf die Frauen) und die ideellen Gegebenheiten (nämlich die sich in immer breiterem Kreise durchsetzende Idee von Gleichheit, Mündigkeit und Selbstständigkeit der Menschen). Aber auch umgekehrt: ohne den Zusammenschluß von gleichgesinnten Frauen, ohne ihr Durchstehvermögen (trotz Spott, Hohn und der stärksten gegen sie gerichteten Waffe: das Lächerlich machen), ohne ihre immer wieder erneut in der Öffentlichkeit vorgetragenen Forderungen (trotz vieler Niederlagen) wäre ein Wandel vermutlich niemals ausgelöst worden.“

Die Akteurinnen gingen in ihrer Forderung nach weiblicher Erwerbsarbeit von einem differenztheoretischen Paradigma aus, einer geschlechtsspezifischen, besonderen Eignung für soziale und pflegerische Berufe, die im Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ ihren Ausdruck fand (Wagner; Wenzel 2009, S. 32 ff., Wendt 2017, S. 436 ff.). Der Begriff geht auf Henriette Schrader-Breyman zurück, die davon ausging, dass eine wesensbedingte Eignung zur Fürsorge nicht allein auf biologische Mutterschaft beschränkt sei, sondern dass es einer qualifizierten Ausbildung bedürfe, um diese Fähigkeiten gesellschaftlich nutzbar zu machen. Diese Annahme diene als zentrales Argument, Bildungs- und Berufsmöglichkeiten für Frauen zu fordern, ohne bestehende Differenzvorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit als solche abzulehnen, sondern sie stattdessen zu erweitern (Franske 2016, S. 58 f.).

Aus heutiger Sicht ergibt sich aus der Formulierung geschlechtsbezogener Differenzen ein Spannungsfeld. Die Forderungen nach Ausbildung, Beruf und Wahlrecht waren *emanzipativ*, weil sie Frauen

Selbstständigkeit, politische Mitgestaltung und ökonomische Unabhängigkeit ermöglichen würden, sie waren gleichzeitig *konservativ*, indem sie auf die besondere weibliche Geeignetheit als Argument rekurrierten und Geschlechterdifferenzen damit (potenziell) fortschrieben.⁴

Das Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit beziehungsweise Fürsorge erwies sich als besonders geeignet, um Berufstätigkeit und das differenzfeministische, modernisierte Frauenbild miteinander zu verbinden. Frauen waren bereits vorher in diesem Feld tätig gewesen, allerdings in der Regel ehrenamtlich und ohne qualifizierende Berufsausbildung. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs stieg auch der Bedarf an sozialer (Hilfs-)Arbeit. Ein wesentlicher Teil des Beitrages, den Frauen an der sogenannten Heimatfront leisteten, wurde in verschiedenen Feldern der Sozialen Arbeit erbracht. Aus der bürgerlichen Frauenbewegung gründete sich der „Nationale Frauendienst“, der diese Tätigkeiten koordinierte und mit der kriegswichtigen Unterstützung notleidender Bevölkerungsgruppen die Forderung nach gleichen staatsbürgerlichen Rechten begründete (Wagner; Wenzel 2009, S. 28). Im Zuge der auch nach dem Krieg steigenden Nachfrage nach Fürsorgerinnen wurden – vielfach durch bürgerliche Frauenrechtlerinnen – die ersten Sozialen Frauenschulen gegründet, die sowohl die Funktion hatten, gesellschaftliche Bedarfe nach Sozialer Arbeit zu decken, als auch Frauen eine berufliche Existenzmöglichkeit zu schaffen (ebd., S. 28 f.).

Gründung und Aufbau der Sozialen Frauenschule in Hamburg | Die beschriebenen frauen- und gesellschaftspolitischen Positionen innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung bildeten die zentrale Motivation für Gertrud Bäumer, an der Gründung einer Sozialen Frauenschule mitzuwirken. Bereits Anfang 1916 erhielt sie eine erste Anfrage vom Verein „Soziale Frauenschule und Sozialpädagogisches Institut“. In einem Schreiben wurde „der kühne Wunsch“ des Vereins geäußert, „einen Versuch zu machen, [Bäumer] für die Leitung der Schule zu gewinnen“.⁵ In Aussicht gestellt wurde ihr die „lohnende Aufgabe, hier unter Nutzbarmachung aller bisherigen Erfahrungen

⁴ Berufstätigkeit wurde allerdings nicht als Möglichkeit für verheiratete Frauen gefordert, sondern als alternativer Lebensentwurf für ledige Frauen.

⁵ Aus dem Anschreiben von Maria Lohse vom Februar 1916 geht auch hervor, dass Gertrud Bäumer offenbar zuvor für den Aufbau einer Sozialen Frauenschule in Leipzig angefragt worden war.

gen eine für ganz Deutschland vorbildliche Anstalt zu schaffen [...], eine Schule für Berufsbildung [...] in der jeder Dilettantismus ausgeschlossen werden soll“ (SPI 362-5/2).

Für *Bäumer*, die unter anderem beim Nationalen Frauendienst in Berlin tätig gewesen war, bot die Leitung der Hamburger Sozialen Frauenschule die Möglichkeit, auch als Lehrende und Wissenschaftlerin tätig zu werden und gleichzeitig ihr Ziel, eine qualifizierte Berufsausbildung für Frauen zu schaffen, zu verfolgen (*Bäumer* 1933, S. 307 f.). Im April 1917 wurde die Schule eröffnet. Diese wurde zwar vom Leiter der Hamburger Armenanstalt *Dr. Otto Lohse* und dem zuständigen Senator *August Lattmann* initiiert und unterstützt, aber nicht staatlich finanziert (*Dünkel; Fesel* 1999, S. 10 ff.). Die inhaltliche Gestaltung des Lehrplans lag in den Händen von *Gertrud Bäumer*, die betonte, wie wichtig die Verknüpfung von Theorie und Berufspraxis sei und dass es gleichzeitig darum gehe, die Schülerinnen ganzheitlich – im Sinne eines Verständnisses über die gesellschaftlichen Zusammenhänge sozialer Probleme – auszubilden (SPI 1917-23/1/2, S. 8 ff., *Dünkel; Fesel* 1999, S. 37 ff.).

Das differenzfeministische Paradigma der geistigen Mütterlichkeit spiegelt sich in Teilen des Lehrplans und Ausführungen *Bäumers* wider. Sie betonte in einer Methodikschrift für Lehrerinnen an Frauenschulen, dass nicht allein die Berufstätigkeit der Schülerinnen Zweck der Ausbildung sei, sondern die Inhalte ebenso auf die Ehe und das Familienleben vorbereiten sollten (*Dünkel; Fesel* 1999, S. 44 ff.). 1920 wechselten vier Schülerinnen in die Examensklasse, „6 gingen ab wegen Heirat“ (SPI 1917-23/1/14). Auch dies verweist darauf, dass eine Berufstätigkeit für verheiratete Frauen kaum vorgesehen war. Ab Sommer 1920 übernahm *Margarete Treuge* die Leitung der Sozialen Frauenschule, *Baum* und *Bäumer* gingen als Reichstagsabgeordnete der DDP nach Berlin (*Dünkel; Fesel* 1999, S. 70, *Schaser* 2010, S. 235 f.).

Die Schülerinnenschaft der ersten Jahre umfasste Frauen, die bereits praktisch gearbeitet beziehungsweise Berufsausbildungen abgeschlossen hatten, aber auch junge Frauen, die nach ihrem Schulabschluss ehrenamtlich in verschiedenen Feldern der Fürsorge tätig gewesen waren. Dem unterschiedlichen Vorwissen wurde durch die Aufteilung in eine Soziale Frauenschule und dem darauf aufbauenden Sozialpädagogi-

schen Institut Rechnung getragen, hier sollten auch spätere Lehrkräfte ausgebildet werden (SPI 1917-23/1/14, SPI 1917-23/1/2). Gleichzeitig sollte die Unterweisung eine Weiterqualifikation für Schülerinnen, die zunächst die Frauenschule abgeschlossen hatten, aber auch für Frauen mit langjähriger praktischer Berufserfahrung sicherstellen (*ebd.*). Von Beginn an strebte die Schulleitung eine Zusammensetzung der Schülerinnenschaft aus allen Gesellschaftsschichten an. So findet sich in den Akten der Frauenschule eine Einteilung über die wirtschaftliche Lage der Schülerinnen der ersten Jahre. 20 Schülerinnen als Töchter von Ärzten, Großkaufleuten oder aus ähnlichen Gesellschaftsschichten waren „bemittelt“, 33 Töchter von Mittelständlern und weitere 19 galten als „bedürftig“ (SPI 1917-23/18). Das Anliegen zeigt sich auch in einem Gesuch des Sozialpädagogischen Instituts vom 15.12.1921 um Gewährung einer Beihilfe, in dem es um die Höhe des Schulgeldes geht: „Eine weitere Erhöhung [des Schulgeldes, Anm. d. Verf.] würde unserer Anstalt das Gepräge einer Standesschule geben; und dieses muss nicht nur um des Ansehens und der Bedeutung sozialer Ausbildung willen vermieden werden, sondern entspricht auch nicht im geringsten dem Wesen und der Zielsetzung der Anstalt“ (SPI 1917-23/1/22).

Die Hausarbeitsthemen der Klasse I des Jahrgangs 1927/1929 zeigen, dass speziell weibliche Lebenslagen in der Ausbildung berücksichtigt wurden. Gewählte Themen waren unter anderem „Frauenerwerbsarbeit, daraus entstehende Schädigungen und deren Bekämpfung“, „Berufsfragen in der Fürsorgeerziehung für Mädchen unter besonderer Berücksichtigung der Hamburger Verhältnisse“ und der zeitlos anmutende Titel „Zur Psychologie der Prostitution“ (SPI 1929/1/26). Aus den Prüfungsaufgaben jener ersten Jahre lassen sich auch die damals geltenden moralischen Maßstäbe ablesen, die an Frauen angelegt wurden. Eine der Prüfungsfragen zum Examen 1924 beschreibt die Problemlage einer Familie wie folgt: „Eltern Schulze geschieden [...] beide schuldig, Frau wegen Ehebruchs, Mann wegen Misshandlung der Frau“ (SPI 1924/1). In der weiteren Fallbeschreibung wird erwähnt, dass der Liebhaber der Frau ihr vor seinem Unfalltod eine größere Geldsumme vermacht habe: „Der Mutter ist die Sache zu Kopf gestiegen, sie verschwendet das Geld, lässt die Kinder hungern, glaubt sich umlauert und lässt ihre Kinder nicht einen Augenblick aus der Tür“ (*ebd.*).

Der Weg in den Nationalsozialismus | Die Bestrebungen von *Gertrud Bäumer*, *Marie Baum* und *Margarete Treuge*, Soziale Arbeit als spezifisch weibliches Berufs- und Qualifikationsfeld zu fördern, erlebten mit der Verstaatlichung des Sozialpädagogischen Instituts 1923 noch keine signifikante Einschränkung, was sich jedoch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten rasch und grundlegend änderte.⁶ Für die Soziale Frauenschule stellte *Bäumer*, die weiterhin Kontakt zur Schule hielt, 1941 fest: „Die jetzt bestehende Schule hat für mein Gefühl nach dem Abbau von *Margarethe Treuge* [...], der Ernennung fachlich ganz unmöglicher Leiter etc. mit uns überhaupt nicht mehr das geringste zu tun“ (*Bäumer* 1956, S. 150).

Eine der wesentlichen Veränderungen war die gezielte Erhöhung des Anteils männlicher Schüler. Zwar waren bereits 1930 die ersten Männer als Vollschüler aufgenommen worden, die Prüfungsordnung blieb allerdings bis Dezember 1933 unverändert (*Dünkel* 2001, S. 10, *Kern* 1992, S. 32). Die Schule, die nun ein „Staatliches Sozialpädagogisches Institut mit Volkspflegeschule“ war, bildete verstärkt männliche „Volkspfleger“ aus. Begründet wurde dies mit dem drastisch veränderten Aufgabenbereich der „Volkspfleger(innen)“. Ein *Dr. Roers*, Arzt und Lehrbeauftragter, konstatierte, junge Männer würden hinsichtlich der Erfordernisse der NS-Volkspflege ein größeres Verständnis für eine gewisse Härte aufbringen, die bei der scharfen Trennung von erbkranken und erbgesunden Menschen nötig sei. Den jungen Mädchen hingegen falle es schwer, den Gedanken der Caritas aus dem fürsorglichen Denken auszuschließen⁷ (StAHH OSB VI, 361-2 VI).

6 Zunächst verband *Gertrud Bäumer* mit dem Nationalsozialismus die Hoffnung auf eine Verbesserung der sozialen Lage der Deutschen und eine neue Einigkeit in den inzwischen zersplitterten Teilen der Frauenbewegung (*Bock* 2000, S. 272, *Schaser* 2010, S. 362). Als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und enge Vertraute von *Friedrich Naumann* vertrat sie einen national-liberalen beziehungsweise national-sozialen Standpunkt, der zwar von volksbezogenen beziehungsweise völkischen Ideen durchzogen war, den sie aber gegen die Ideologie des Nationalsozialismus abgegrenzt wissen wollte (*Bach* 1989, S. 75 ff.)

7 Gleichzeitig soll nicht unerwähnt bleiben, dass nicht wenige Frauen die NS-Ideologie in Bezug auf die Aufgaben der NS-Volkspflege bewusst und überzeugt umgesetzt haben.

In dem zitierten Schreiben wird auch der Unterschied zwischen dem Differenzansatz der Gründerinnen und der Grundhaltung der Nationalsozialisten deutlich. Zwar erachteten beide Mütterlichkeit als grundsätzlich im weiblichen Wesen angelegt, allerdings wurde von den Nationalsozialisten jedes Bestreben, daraus eine Berufsqualifikation oder ein Argument für Frauenerwerbstätigkeit abzuleiten, entschieden abgelehnt: „Wenn jetzt im Verfolg der sich wieder rührenden frauenrechtlerischen Tendenzen, die leider auch in die Frauenorganisationen der NSDAP und der deutschen Arbeitsfront hier und da Eingang genommen haben, der Versuch unternommen wird, durch die Auflösung des Sozialpädagogischen Institutes jungen Männern, die aus Idealismus bereit sind, diesen wirklich schweren, aber im Hinblick auf die Bedeutung für das Volksganze so außerordentlich wichtigen Beruf auf sich zu nehmen, die Möglichkeit einer theoretischen Vorbildung zu nehmen, so ist das sehr bedauerlich. [...] Daß die liberalistischen Tendenzen dieses Institutes [...] keineswegs eine Ausbildung im nationalsozialistischen Sinne gewährleisten, dürfte klar auf der Hand liegen. [...] In diesem Zusammenhang muss auch das Amt für Volksgesundheit ein waches Auge darauf haben, dass die frauenrechtlerischen Tendenzen, die eine bevölkerungspolitische Gefahr für das deutsche Volk sind, in den nationalsozialistischen Frauenorganisationen beseitigt werden“ (StAHH OSB VI, 361-2 VI).

Nachkriegszeit | Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Soziale Frauenschule als Sozialpädagogisches Institut weitergeführt und erhielt 1954 den Zusatz „Gertrud-Bäumer-Schule“, ein Zusatz, der 1970 mit dem Übergang in die Fachhochschule Hamburg verschwand (*Dünkel*; *Fesel* 1999, S. 71). Zwar wurden nach dem Krieg verschiedene Frauenorganisationen gegründet, die Ausbildung von Sozialarbeiterinnen als Teil einer frauenrechtlichen Emanzipationsbewegung wurde allerdings nicht erneut aufgenommen, da eine mit der ersten Frauenbewegung vergleichbare Basis nicht vorhanden war (*Wagner*; *Wenzel* 2009, S. 53).

Das 1949 erlassene Grundgesetz enthält in Artikel 3 Absatz 2 den Passus „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, der jedoch lange nicht zu einer tatsächlichen Verbesserung der beruflichen Möglichkeiten von Frauen führte. Ein Beispiel hierfür ist die ehemalige Schülerin *Hanna Dunkel* (*Dünkel* 2001, S. 20).

Zunächst machte sie eine beachtliche Karriere von einer einfachen Fürsorgerin zur leitenden Angestellten in der Sozialbehörde, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grad. 1943 wurde ihr trotz höherer Qualifikation und Erfahrung sowie ausreichender Regimetreue eine Beförderung verwehrt und die angestrebte Stelle mit einem männlichen Parteigenossen besetzt (Lohalm 2010, S. 91 f.). Die Stagnation ihrer Karriere setzte sich nach dem Krieg fort. Erkennbar wird, wie sich die Begründung für die Ablehnung einer weiteren Beförderung verschob, das Ergebnis aber gleich blieb. Der zuständige Senator bedauerte: „Gegenwärtig sehe ich leider keine Möglichkeit zu einer Beförderung [...]. Ich brauche wohl nicht hervorheben [sic!], daß ich selbstverständlich den Anspruch der weiblichen Mitarbeiter meiner Behörde auf gleichberechtigte Behandlung gegenüber den männlichen Mitarbeitern in vollem Umfange anerkenne“ (Dunkel 2001, S. 23). Zu ihrem 40-jährigen Dienstjubiläum wurde in der Presse ebenfalls nicht Dunkels fachliche Kompetenz, sondern vielmehr ihre weibliche Neigung hervorgehoben: „Ihr Titel ist eigentlich Oberinspektor, aber davon will sie nicht viel wissen, ihr mütterliches Herz gehört ihrer Arbeit und [...] den Hilfsbedürftigen“ (Dunkel 2001, S. 23).

Eine neue politische Auseinandersetzung mit der Sozialarbeitsausbildung, ihrer gesellschaftlichen Funktion und den Lebenslagen von Frauen sollte erst in den 1970er-Jahren der Bundesrepublik im Kontext der zweiten, neuen Frauenbewegung wieder aufflammen.

Lisa-Marie Klinger ist M.A. der Sozialen Arbeit und gehört dem Kooperativen Graduiertenkolleg „Qualitätsmerkmale sozialer Bildungsarbeit“ der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg an. E-Mail: Lisa-Marie.Klinger@haw-hamburg.de

Quellen (aus dem Archiv des Departments Soziale Arbeit der HAW Hamburg)

SPI 362-5/2: Anschreiben von Maria Lohse an Gertrud Bäumer vom 5.2.1916

SPI 1917-23/1/2: Bäumer, Gertrud; Baum, Marie: Bericht über die ersten beiden Arbeitsjahre der Sozialen Frauenschule, Ostern 1917 bis Ostern 1919

SPI 1917-23/1/14: Verzeichnis der Schülerinnen des A I im Sommersemester 1917

SPI 1917-23/1/14: Kursus B III Ostern 1919 bis Ostern 1921

SPI 1917-23/1/18: Wirtschaftliche Lage der Schülerinnen Soziale Frauenschule

SPI 1917-23/1/22: Gesuch des Sozialpädagogischen Instituts um Gewährung einer Beihilfe 1921

SPI 1924/1: Prüfungsfragen Gruppe II 1924

SPI 1929/1: Hausarbeitsthemen Klasse I, 1927-1929

StAHH OSB VI, 361-2 VI: Schreiben Dr. Röhrs „Zur Frage der geplanten Auflösung des Sozialpädagogischen Institutes“ vom 6.2.1936

Literatur

Bach, Marie Luise: Gertrud Bäumer. Weinheim 1989

Bäumer, Gertrud: Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart. Stuttgart u.a. 1914

Bäumer, Gertrud: Lebensweg durch eine Zeitenwende. Tübingen 1933

Bäumer, Gertrud: Des Lebens wie der Liebe Band. Tübingen 1956

Bock, Gisela: Frauen in der europäischen Geschichte: vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2000

Dunkel, Barbara: Frauen in der sozialen Arbeit in Hamburg zwischen 1929 und 1945. Ausbildung, Beruf, Biographie. In: Dunkel, Barbara; Fesl, Verena (Hrsg.): Wohlfahrtspflege – Volkspflege – Fürsorge. Münster 2001

Dunkel, Barbara; Fesl, Verena: Von der Sozialen Frauenschule zur NS-Volkspflegebildung. Das Hamburger Sozialpädagogische Institut 1917-1945. Münster 1999

Franske, Astrid: Hochschulorganisation und Geschlecht in veränderten Bildungswelten. Wiesbaden 2016

Gerhard, Ute: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Reinbek 1990

Hammerschmidt, Peter: Die bürgerliche Frauenbewegung und die Entwicklung der sozialen Arbeit zum Beruf – Ein Überblick. In: Engelfried, Constance; Voigt-Kehlenbeck, Corinna (Hrsg.): Gendered Profession: Soziale Arbeit vor neuen Herausforderungen in der zweiten Moderne. Wiesbaden 2010

Kern, Linde: Das Sozialpädagogische Institut im Faschismus. In: standpunkt: sozial 3/1992, S. 32-35

Kruse, Wolfgang: Frauenarbeit und Geschlechterverhältnisse. In: <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/erst-erwelktkrieg> (veröffentlicht 2013, abgerufen am 12.1.2017)

Lohalm, Uwe: Völkische Wohlfahrtsdiktatur: öffentliche Wohlfahrtspolitik im nationalsozialistischen Hamburg. München 2010

Muschter, Gabriele; Thomas, Rüdiger: Frauen in Deutschland: Eine Geschichte in Bildern, Quellen und Kommentaren. Bonn 2015

Nave-Herz, Rosemarie: Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Bonn 1997

Notz, Gisela: Frauenbewegungen und Soziale Arbeit. In: Wagner, Leonie (Hrsg.): Soziale Arbeit und soziale Bewegungen. Wiesbaden 2009

Schaser, Angelika: Helene Lange und Gertrud Bäumer. Eine politische Lebensgemeinschaft. Köln 2010

Wagner, Leonie; Wenzel, Cornelia: Frauenbewegungen und Soziale Arbeit. In: Wagner, Leonie (Hrsg.): Soziale Arbeit und soziale Bewegungen. Wiesbaden 2009

Wendt, Wolf Rainer: Geschichte der Sozialen Arbeit 1. Wiesbaden 2017